

# FORUM

Zeitschrift  
für Politik, Arbeit & Kultur  
der SP Uster

WWW.

Nr. 198 März 1999

Kantons- und Regierungsratswahlen am 18. April

## Wir packen an!

P.P. Uster



## Inhalt

### Politik der sozialen und ökologischen Erneuerung 3

Zum Wahlfrühling im Kanton Zürich

Von Käthi Furrer, Präsidentin der SP Kanton Zürich

### Was zu einer gesunden Wirtschaft gehört 4

Interview mit SP-Regierungsratskandidatin Dorothee Jaun

Von Harthmut Attenhofer

### Über Gestaltungswillen und Pahantasia in der Regierung 6

Interview mit SP-Regierungsratskandidat Markus Notter

Von Harthmut Attenhofer

### Abstimmungsparolen der SP Uster 6

### Rüdisühli human Touch 9

Professor Rüdisühli zum Thema Politik

von Rolf Murbach

### 15 KandidatInnen der SP für den Kantonsrat 10

### Tragbare Krankenkassenprämien für alle 12

Von Kantonsrätin Crista D. Weisshaupt

### Suchtmittelprävention heisst Gesundheitsförderung 13

Von Kantonsrat Martin Bornhauser

### Junge UnternehmerInnen müssen gefördert werden 14

Von Kantonsratskandidatin Marlies Hürlimann

### Eine demokratische und soziale Notwendigkeit 15

Von Kantonsratskandidati Peter Mathis

### Veranstaltungskalender 16

Versione italiana sul retro

## IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	13 500
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Dagmar Anderes, Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut, Marlies Hürlimann, Rolf Murbach Fredi Gut
Layout:	Fredi Gut
Vertrieb:	Stefan Feldmann
Druck:	Ropress Zürich

## Editorial



*Bei den Zürcher Kantons- und Regierungsratswahlen am 18. April entscheidet sich, ob es in unserem Kanton so wie bisher – sparen, koste es was es wolle, und sei es das soziale Netz – oder gerechter, menschlicher, weltöffener und sozialer weitergehen soll.*

*Um Ihnen den Entscheid für einen Wechsel und für unsere Kandidatinnen und Kandidaten zu erleichtern, hat die FORUM-Redaktion eine Reihe von Artikeln zusammengetragen: SP-Kantonalpräsidentin Käthi Furrer erläutert Ihnen die grundsätzlichen Positionen und Ziele der SP in diesem Wahlkampf, die RegierungsratskandidatInnen der SP – Dorothee Jaun und Markus Notter – nehmen in Interviews Stellung, die vier KandidInnen der SP Uster für den Kantonsrat – mit Ausnahme von Marlies Hürlimann, die zur Zeit ans Spitalbett gefesselt ist (gute Besserung!) und ihren geplanten Artikel nicht fertigstellen konnte – zeigen je in einem Artikel auf, wofür sie sich bei einer Wahl ins Kantonsparlament engagieren möchten und unser freier Mitarbeiter, Professor Rüdisühli, äussert sich zum Thema Wahlen aus wissenschaftlicher Sicht.*

*Doch auch auf kommunaler Ebene, werden die UstermerInnen bereits wieder zur Wahlurne gebeten, um das Präsidium der Fürsorgebehörde neu zu bestellen. Die SP stellt mit Bruno Schwarz einen Kandidaten, der sozial kompetent, führungserfahren, verantwortungsbewusst und als neues Mitglied von den Turbulenzen der letzten Jahre unbelastet an diese Aufgabe herangehen kann. In einem – zum Herausnehmen gedachten – Sonderdruck in der Mitte des Hefes, gibt der Kandidat Auskunft über seine Ansichten zur Sozialpolitik im allgemeinen und über seine Vorstellungen der Arbeit eines Fürsorgepräsidenten im speziellen Auskunft. Und damit mag er offenbar nicht nur SozialdemokratInnen zu überzeugen: Die FDP Uster hat sich im Januar ebenfalls deutlich für Bruno Schwarz als neuen Fürsorgepräsidenten ausgesprochen.*

*Sie werden sich vielleicht wundern, warum Sie das Interview mit Bruno Schwarz in der Mitte des Hefes in Form einer eigenen Nummer erhalten. Der Grund ist simpel: Weil das Amt des Fürsorgepräsidenten seit September 1998 vakant ist, ging nicht nur die SP Uster sondern auch die FORUM-Redaktion davon aus, dass das Amt am Abstimmungswochenende vom 7. Februar neu besetzt würde und hat deshalb flugs auf diesen Termin eine Extra-FORUM-Nummer produziert, die erst im letzten Moment in der Druckerei gestoppt werden konnte. Und so finden sie nun diese Extra-Nummer des FORUMs als Sonderdruck in der Mitte dieser «ordentlichen» FORUM-Nummer.*

*Und was lernt uns diese Geschichte? Die SP Uster ist halt einfach einen Tick schneller als die Stadt und die übrigen Parteien.*

Stefan Feldmann

Wahlfrühling im Kanton Zürich

# «Jetzt braucht es eine Politik der sozialen und ökologischen Erneuerung.»

Die SP Kanton Zürich geht diesen Frühling mit hochgesteckten Zielen in die Wahlen. Nach sieben Jahren Arbeitsplatz- und Sozialabbau muss der Kanton Zürich wieder sozialer, weltoffener und grüner werden! Die bürgerliche Regierungsmehrheit hat die steigende Erwerbslosigkeit in den vergangenen Jahren mehr oder weniger verwaltet und es verpasst, eine aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben. Die zu Ende gehende Amtsdauer war geprägt von einem harten Spar- und Deregulierungskurs, den die Bürgerlichen mehr als einmal durchgedrückt haben, ohne auf Warnungen und sozialpolitische Forderungen von linker Seite zu hören.

## Ein Bündnis für den Kanton Zürich

Vor diesem Hintergrund haben sich SP, Grüne und EVP erstmals für die Regierungsratswahlen zu einem Bündnis zusammengeschlossen und stellen den Anspruch auf eine neue Mehrheit in der Zürcher Regierung. Zu Beginn dieses Jahres ist das «Bündnis für den Kanton Zürich» mit einem gemeinsamen politischen Programm an die Öffentlichkeit getreten. Dort heisst es in der Einleitung unter anderem: «Jetzt braucht es eine Politik der sozialen und ökologischen Erneuerung. Wir wollen die Grundwerte des Ausgleichs und der Rücksichtnahme in der sich verändernden Gesellschaft bewahren und ihnen neue Qualität verleihen. Wir, Ruedi Aeschbacher, Verena Diener, Dorothee Jaun und Markus Notter wollen deshalb zusammen mit allen vernünftigen und fortschrittlichen Kräften der kantonalen Politik ein Bündnis schliessen.»

Die Ausgangslage für eine neue Verteilung der Kräfte ist aus mehreren Gründen recht günstig: Auf Bürgerlicher Seite treten drei Bisherige zurück. Zudem mögen immer mehr Wählerinnen und Wähler den Schulterchluss von FDP und CVP mit der Neinsager-Partei SVP nicht mehr akzeptieren.

## Notter/Jaun – ein gutes Gespänn

Die SP schickt mit Markus Notter und Dorothee Jaun einen bewährten Bisherigen und eine profilierte Neue ins Rennen. Markus Notter ist seit drei Jahren Vorsteher der Direktion Justiz und Inneres. Mit kreativen Ideen, Diplomatie und Humor hat er in kurzer Zeit viel bewegt und zum



Beispiel die Lastenausgleichsvorlage abstimmsreif gemacht. Dorothee Jaun ist selbständige Anwältin. Sie wohnt mit ihrer Familie in Fällanden, wo sie als Gemeinderätin dem Hoch- und Tiefbauamt vorsteht. Als Kantonsrätin hat sie seit 1995 in über zwanzig Kommissionen aktiv mitgearbeitet und zwei davon auch präsidiert. Im Regierungsrat will sie sich für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie für mehr Lehr- und Ausbildungsstellen für Jugendliche einsetzen. Ein weiteres ihrer politischen Ziele ist mehr Steuergerechtigkeit, die sie in erster Linie mit dem Stopfen von Steuerschlupflöchern erreichen will. Damit soll der Umverteilung von unten nach oben ein Ende gesetzt werden. Als langjähriges Mitglied einer Gemeinde-Exekutive kennt sie das pragmatische Politisieren in einer Kollegialbehörde bestens, gilt als geradlinig und ist trotzdem eine konsensfähige Partnerin auch für politisch Andersdenkende. Wer Dorothee Jaun persönlich kennenlernt, begegnet einer sympathischen, intelligenten und humorvollen Frau.

## Für neue Arbeitsplätze...

Auf den SP-Listen für den Kantonsrat kandidieren 90 Frauen und 90 Männer. Die SP-Fraktion zählt derzeit 45 Mitglieder. Sie treten bis auf wenige Ausnahmen wieder an, um unsere Politik der vergangenen Jahre mit Überzeugung fortzuführen: die Überwindung von Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung und den Schutz unserer Lebensgrundlagen. In Parlament und

Regierung will die SP die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe sowie der Firmen, die in zukunftsgerichteten und umweltschonenden Technologien tätig sind, vorantreiben. Es sind die KMU, welche schon heute den Grossteil der Arbeitsplätze im Kanton Zürich und schweizweit anbieten, und auch neue Stellen werden in den kommenden Jahren vor allem hier entstehen. Damit wieder mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger die Chance bekommen, einen Beruf zu erlernen, fordert die SP einen Lehrstellenfonds. Betriebe, die Ausbildungsplätze anbieten, werden aus diesem Fonds entschädigt, und solche, die keine Lehrlinge einstellen, sollen dafür einen finanziellen Beitrag leisten.

## ... bezahlbare Gesundheitskosten...

Für viele Menschen haben die Krankenkassenprämien die Schmerzgrenze längst überschritten. Die SP will die unsozialen Kopfprämien, bei der Arme und Reiche gleich viel für die Grundversicherung bezahlen, abschaffen. Und es braucht eine kantonale Gesundheitspolitik ohne die falschen Anreize, Kosten auf Private und Gemeinden zu verlagern.

## ... und soziale Sicherheit

Heute ist in unserem Kanton jede zwanzigste Person auf Sozialleistungen angewiesen. Die SP fordert einen gerechteren Ausgleich der Soziallasten unter den Gemeinden und den Ausbau der Ergänzungsleistungen gegen Armutsrisiken. Die Löhne müssen die Existenz der Arbeitenden sichern und Familien sollen durch höhere Kinderzulagen, Tagesschulen und Krippenplätze bessergestellt werden.

Mit Ihrer Stimme für Dorothee Jaun und Markus Notter - zusammen mit Ruedi Aeschbacher und Verena Diener - und mit einer rotgrünen Verstärkung im Parlament kommen wir der Verwirklichung dieser Ziele ein gutes Stück näher!

*Käthi Furrer*

Käthi Furrer, Präsidentin der SP Kanton Zürich

Interview mit SP-Regierungsratskandidatin Dorothee Jaun

# «Zu einer gesunden Wirtschaft dass die Gewinne,

Dorothee Jaun hat sich in den vergangenen vier Jahren als kompetente, taktisch geschickte und durchsetzungskräftige Kantonsrätin profiliert. Und als Gemeinderätin von Fällanden (Vorsteherin Abteilung Hoch- und Tiefbau) hat sie sich Führungsstärke und exzellente Kenntnisse der öffentlichen Verwaltung angeeignet. Am 18. April kandidiert sie nun für den Regierungsrat. Im FORUM-Interview erklärt sie, weshalb sie in die kantonale Regierung will, welches Departement sie gerne übernehmen möchte und welche Projekte sie realisieren will.

*FORUM: Damit wir es schnell hinter uns haben, sei die unvermeidlichste Frage am Anfang gestellt: Welche Direktion in der Zürcher Regierung würdest du am liebsten übernehmen?*

Dorothee Jaun: Ich bin sehr offen. Von den frei werdenden Direktionen interessieren mich eigentlich alle, sowohl die Baudirektion als auch die Volkswirtschaftsdirektion mit dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) und mit dem Flughafen; aber auch in die Finanzdirektion mit dem anspruchsvollen Personalamt ginge ich gerne.

*FORUM: Du giltst im Kantonsrat als Schnelldenkerin und als scharfsinnige Analytikerin. Das verschafft dir weit herum Respekt. Dennoch gibt es vereinzelt Kritik: Du hättest zu wenig Herz, heisst es. Stimmt das?*

Dorothee Jaun: Vielleicht bin ich manchmal etwas ungeduldig, wenn ich von einer Sache überzeugt bin. Mein Engagement als Anwältin zahlreicher «kleiner» Leute – übrigens zu einem sehr anständigen Tarif – beweist aber das Gegenteil. Soziale Verantwortung zu übernehmen war für mich immer eine Selbstverständlichkeit.

*FORUM: Der grösste Teil der kantonalen Sozialpolitik wird nun aber in der Sicherheitsdirektion gemacht, der auch Polizei und Militär zugeordnet sind – und diese Direktion wird ja wohl kaum frei. Wie würdest du denn die sozialdemokratische Sozialpolitik in die Regierung einbringen?*

Dorothee Jaun: Sozialpolitik hat sehr viel mit Finanzpolitik zu tun. Wenn Steuergeschenke gemacht und Privatschulen subventioniert werden, wird dort gespart, wo es noch möglich ist, nämlich bei den Sozialleistungen. Für die Finanzpolitik trägt die gesamte Regierung die Verantwortung.

*FORUM: Teilst du die Meinung, dass nur eine florierende Wirtschaft die sozialen Aufgaben des Staates finanzieren kann?*

Dorothee Jaun: Ja. Der Staat braucht eine gesunde Wirtschaft. Zu einer gesunden Wirtschaft gehört aber auch, dass die Gewinne, die erzielt werden, nicht nur einer kleinen Schicht zugute kommen. Denn die Kaufkraft der Bevölkerung ist ein wichtiger Faktor für eine florierende Wirtschaft.

*FORUM: Da absehbar ist, dass die Soziallasten des Kantons noch mehr steigen werden, wird die Frage nach deren Finanzierung immer wichtiger. Falls der Kanton noch mehr sparen muss: könnte er das, und wo? Oder siehst du andere Finanzierungsmöglichkeiten?*



*Als Kantonsrätin hat sich Dorothee Jaun durch eine faire, sachbezogene Politik, Kompetenz und eine klare Sprache einen Namen gemacht und vielen Ideen und Kompromissen zum Durchbruch verholfen.*

## 3 Fragen an Dorothee Jaun

1. Was würdest du nie essen?  
Kutteln.
2. Was würdest du in deiner Freizeit nie tun?  
Tiefseetauchen.
3. Wo würdest du im Kanton Zürich nie hingehen?  
Nirgends.

# gehört auch, nicht nur wenigen zugute kommen.»

Dorothee Jaun: Der Spielraum für weitere Sparmassnahmen im Kanton ist sehr eng geworden. Es besteht daher die Tendenz, die Soziallasten auf die Gemeinden abzuschieben, indem die vom Kanton subventionierten Leistungen an sozial Schwache abgeschafft werden. Stichworte sind: Arbeitslosenhilfe, Zusatzleistungen für AHV- und IV-Bezüger. Und diese Menschen müssen dann Fürsorgeleistungen in Anspruch nehmen. Um zu mehr Einnahmen zu kommen, gilt es in einem ersten Schritt, die geschuldeten Steuern auch wirklich einzufordern und die bestehenden Steuer-schlußflöcher zu stopfen.

*FORUM: Die Raubzüge auf Kantonbank und Gebäudeversicherung haben wir abwehren können. Bei der Elektrizität und beim Flughafen wirds schwieriger. Wie stellst du dich zu den Privatisierungen?*

Dorothee Jaun: Ich bin gegen die Privatisierung des Flughafens, denn ich sehe keine Möglichkeit, das Mitspracherecht der Bevölkerung bei einer Privatisierung zu erhalten. Das EKZ funktioniert schon heute weitgehend wie ein Unternehmen. Falls gewisse Grundsätze der Tarifgestaltung in den Statuten der privaten Gesellschaft festgeschrieben werden und nur erschwert abgeändert werden können, könnte ich einer Privatisierung zustimmen.

*FORUM: Die Stadt Zürich wird in der neuen Regierung nicht vertreten sein. Im Kantonsrat verliert sie wegen der Bevölkerungsfluktuation Sitze. Wie wirst du dich für die Stadt einsetzen, was hast du für sie schon geleistet?*

Dorothee Jaun: Ich war massgeblich am Entstehen der Lastenausgleichsvorlage beteiligt, die wir denn auch in der Volksabstimmung fulminant gewonnen haben. Für die nächsten Jahre wird es wichtig sein, ein Ausgleichssystem unter allen Gemeinden für die Soziallasten zu schaffen, wie es beispielsweise das «Bündner Modell» vorsieht. Dabei werden Kanton und Gemeinden nach einem ausgewogenen Finanzierungsschlüssel gleichmässig und fair belastet. Ferner muss das Finanzierungssystem des Zürcher Verkehrsverbands (ZVV) überprüft werden, da es die Stadt zurzeit überproportional belastet.

*Interview: Harthmut Attenhofer*

## Dorothee Jaun

Dorothee Jaun ist 50 Jahre alt, lic. iur, betreibt in Fällanden eine eigene Anwaltskanzlei und vertritt vor allem die «kleinen Leute» vor Gericht. An der Uni Zürich hat sie ausserdem ein Nachdiplomstudium in Umweltlehre absolviert. Von 1982 bis 1990 war Dorothee Jaun Mitglied der Sozialbehörde Fällanden, seit 1990 sitzt sie im Gemeinderat ihrer Wohngemeinde (Planung, Bau, öffentlicher Verkehr). 1994 eroberte sie für die SP des Bezirks Uster ein viertes Kantonsratsmandat und hat sich seither im Kantonsrat als kompetente und durchsetzungsstarke Kantonsrätin hervor getan. Sie gehörte vielen wichtigen Kommissionen an – PUK Huber, Personalgesetz und vor allem die Vorlage zur Abgeltung der Sonderlasten der Stadt Zürich – und hat innerhalb der SP-Fraktion den Vorsitz des Justizausschusses inne. Seit 1990 setzt sie sich als Verwaltungsrätin der Alternativen Bank Schweiz für eine Kreditpolitik ein, die nicht primär den Grosskonzernen dient, sondern den kleineren und mittleren Unternehmen (KMU).

## Bündnis für den Kanton Zürich

sf. Die wirtschaftlichen Krisenjahre in den Neunziger Jahren hat auch in der Politik deutliche Spuren hinterlassen: Die bürgerlichen Parteien haben sich aus ihrer Verantwortung für das soziale Gemeinwohl weitestgehend verabschiedet und haben die Haushaltsanierung als einziges Ziel auf ihre Fahne geschrieben. Soziale Anliegen und ökologische Erneuerung blieben und bleiben dabei auf der Strecke.

Ein Wechsel im Zürcher Regierungsrat tut deshalb Not, und um diesen Wechsel zu erreichen, haben sich die RegierungsratskandidatInnen von SP (Dorothee Jaun und Markus Notter), GP (Verena Diener) und EVP (Ruedi Aeschbacher) – unterstützt von weiteren Parteien wie dem LdU oder der CSP – zum «Bündnis für den Kanton Zürich» zusammengeschlossen.

Das «Bündnis für den Kanton Zürich» will, zusammen mit allen vernünftigen und fortschrittlichen Kräften, den Kanton sozial und ökologisch erneuern. In ihrem Programm hält das Bündnis fest, dass der Kanton Zürich insbesondere braucht:

- eine aktive Beschäftigungspolitik
- die Sicherung der sozialen Existenz
- die Beibehaltung der Altersbeihilfen
- gute Bildungschancen für alle
- eine nachhaltige Umweltpolitik
- öffentliche Dienstleistungen als Service public.

Die SP-KandidatInnen Dorothee Jaun und Markus Notter werden in diesem FORUM ausführlich mit biografischen Angaben und Interview vorgestellt (Seiten 4/5 und 6/7). Über die beiden anderen KandidatInnen des Bündnisses nachstehend ein kurzer biografischer Überblick:

**Verena Diener** (GP, bisher) ist ausgebildete Primarlehrerin mit einer Zusatzausbildung als Legasthenietherapeutin und war, bevor sie 1995 in den Regierungsrat (Gesundheitsdirektorin) gewählt wurde, Dozentin für Ökologie an der HWV Zürich. Von 1987 bis 1998 war sie Nationalrätin der Grünen Partei und von 1992 bis 1995 Präsidentin der Grünen Partei Schweiz.

**Ruedi Aeschbacher** (EVP, neu) hat Jurisprudenz studiert und war von 1969-78 als Zürcher Bezirksanwalt und Bezirksrichter tätig. Von 1977 bis 1978 war er Mitglied des Gemeinderates Zürich, von 1978 bis 1994 Zürcher Stadtrat (Vorsteher Tiefbaudepartement), seit 1995 ist er Mitglied des Kantonsrates. Er arbeitet als selbstständiger Berater in den Bereichen Verkehr, Umwelt und Stadt-

Interview mit SP-Regierungsrat Markus Notter

# «Die Arbeit in der Regierung erfordert

Seit drei Jahren gehört Markus Notter dem Regierungsrat an. Der ehemalige Stadtpräsident von Dietikon hat in seiner bisherigen Amtszeit durch und durch zu überzeugen gewusst und viele Impulse gesetzt. Im FORUM-Interview zieht er eine erste Bilanz seiner Tätigkeit im Regierungsrat, sagt weshalb für ihn ein Stärkung der fortschrittlichen Kräfte bei den Wahlen vom 18. April so wichtig ist und erläutert, welche Projekte er in der neuen Legislaturperiode in Angriff nehmen will.

*FORUM: Als einziger Sozialdemokrat in der siebenköpfigen Regierung hat man einen schweren Stand. Dort eine Mehrheit zu erreichen ist sicher weit schwerer als im Kantonsrat. Wie lebt sich damit?*

Markus Notter: Ob es schwerer ist als im Kantonsrat, möchte ich bezweifeln. Immerhin sind alle Regierungsmitglieder in der Verantwortung, konkrete Problemlösungen zu finden. Meistens ist es nicht umstritten, dass in einem bestimmten Bereich ein Problem besteht. Der Lastenausgleich zum Beispiel war «als Problem» immer unbestritten. Da besteht zumindest die Chance, unabhängig von vorformulierten Parteistandpunkten sachgerechte Lösungen zu diskutieren. Aber natürlich gibt es auch unverrückbare Standpunkte. Da kann man dann nur noch die eigene Position markieren, wenn es wichtig genug ist. Entscheidend in der Regierungsarbeit ist aber, dass man konkrete Lösungsvorschläge hat. Das braucht Gestaltungswillen und Phantasie. Wer darüber verfügt, ist im Vorteil und findet auch Mehrheiten.

*FORUM: Fragt man altgediente Regierungsmitglieder nach ihrer Erfolgsbilanz, lehnen sie sich zurück und lassen ihre 12 oder 16 Amtsjahre Revue passieren: Man staunt und ist beeindruckt. Wie lautet deine Bilanz nach nur drei Amtsjahren?*

Markus Notter: Wir leben ja in einer hektischen Zeit. Ich habe in den letzten drei Jahren über zehn Gesetzänderungen im Kantonsrat vertreten. Ich denke etwa an die erleichterte Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation. Ich denke an die Einführung des fakultativen Gesetzesreferendums gegen den starken Widerstand der SVP. Nach ziemlichem Ringen ist es gelungen, eine vernünftige Einführungsverordnung zum Gleich-



*Sein fundiertes staatspolitisches Wissen ermöglicht es Markus Notter, im politischen Alltag sachbezogen, klar und kompetent zu argumentieren und so auch politisch Andersdenkende von seinen SP-Ideen zu überzeugen.*

stellungsgesetz zu erlassen. Sie sieht ein fachlich qualifiziertes Schlichtungsorgan für Diskriminierungsstreitigkeiten im Erwerbsleben vor. Mit dem Gesetz über die Gebäudeversicherung haben wir eine wirtschaftspolitische Diskussion in Gang gebracht. Wir wiesen nämlich nach, dass im System der obligatorischen öffentlichen Gebäudeversicherung die Preise tiefer sind als im privaten System. Sicher ist die Lastenausgleichsvorlage eine der wichtigen in dieser Amtszeit. Aber auch die Totalrevision der Kantonsverfassung betrachte ich als zentral. Aber auch im organisatorischen Bereich meiner beiden Direktionen, die ab 1999 zusammengelegt sind, hat sich viel getan. In einem aufwendigen Verfahren unter Einbezug vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir neue Strukturen entwickelt. Im Verhältnis Kirche-Staat haben wir einen beachtlichen Entwurf für ein Gesetz zur Anerkennung von weiteren Religionsgemein-

schaften erarbeitet. Dies ist Teil eines ganzen Reformpakets Kirche-Staat.

*FORUM: Dass die Aprilwahlen die fortschrittlichen Kräfte in Regierung und Parlament stärken, hoffen wir alle. Wie sähe die Zusammenarbeit mit solcherart verändertem Parlament und Regierung aus? Was kann man sich davon erhoffen?*

Markus Notter: Man kann sich eine vernünftige Politik erhoffen. Im finanzpolitischen Bereich zeigen sich selbst die bürgerlichen Mitglieder des Regierungsrates nicht immer erfreut, über die Weisheiten ihrer eigenen Kantonsratsfraktionen. Die bürgerliche Wirtschaftspolitik setzt auf die Grossen. Unsere Sorge gilt den kleinen und mittleren Betrieben, die am meisten Arbeitsplätze in der Schweiz schaffen. Und unsere Sorge gilt auch dem sozialen Ausgleich im Land. Dass immer weniger über immer mehr verfügen,

# Gestaltungswillen und Phantasie.»

hat keine Zukunft. Für diese Fragen müssen wir Lösungen finden. Das geht nur mit fortschrittlichen Kräften in Parlament und Regierung.

*FORUM: Die SP zieht auf Regierungsebene zusammen mit EVP und Grünen in die Wahlen. Was bringt den Wählerinnen und Wählern dieses «Bündnis»?*

Markus Notter: Die Chance, dass die fortschrittlichen Kräfte die Regierungspolitik massgebend beeinflussen. Nur im Zusammenwirken aller Mitte-Links-Kräfte haben wir eine reale Chance.

*FORUM: Das Opernhaus und die Zeughäuser in Zürich sind neben vielen kleineren Kulturprojekten die beiden grössten Brocken. Die Angst geht um, dass sie den ganzen Kulturretat verschlingen. Wie hoch ist der eigentlich und nach welchem Konzept betreibst du kantonale Kulturpolitik?*

Markus Notter: Da müsste man länger ausholen. Bis 1994 hat der Kanton subsidiäre Kulturbeiträge an die grossen städtischen Institute von

Zürich und Winterthur und an die Aktivitäten der Gemeinden geleistet. Darüber hinaus förderte er mit Werk- und Anerkennungsbeiträgen einzelne Künstlerinnen und Künstler. Dies hat sich 1994 völlig geändert: Der Kanton hat die alleinige finanzielle Verantwortung für das Opernhaus übernommen und im Gegenzug auf eigenständige Staatsbeiträge an die andern grossen Häuser in der Stadt Zürich verzichtet. Das war bereits ein erstes Lastenausgleichselement. Das kantonale Kulturbudget präsentiert sich deshalb natürlich sehr einseitig. Von den 62,5 Millionen Franken gehen 88 Prozent an das Opernhaus. Wir arbeiten zur Zeit an einem Kulturkonzept. Für die Zukunft muss klarer werden, was wir mit unserer Kulturförderung wollen. Der Kanton wird wohl mehr Verantwortung übernehmen müssen für ein breites kulturelles Leben im Kanton, das auch Neues zulässt und fördert.

*FORUM: Gibt es auch ein Konzept für die Justiz? Oder soll die Staatsanwaltschaft immer noch ihren ganzen Eifer in das Einsammeln von Hanf-Kissen setzen?*

Markus Notter: Wir sind uns alle einig, dass der ganze Eifer nicht in die Bekämpfung des Cannabis-Missbrauchs gesetzt werden soll. Wenn aber Anzeigen oder Polizeirapporte über strafbare Handlungen bei den Strafverfolgungsbehörden eingehen, haben sie diesen nachzugehen. Das ist ihre gesetzliche Pflicht, selbst wenn man die Strafwürdigkeit eines bestimmten Verhaltens anders beurteilt als der Gesetzgeber. Der Kanton Zürich hat ja beim Bund eine Standesinitiative eingereicht, die Cannabis-Produkte nicht mehr durch das Betäubungsmittelgesetz geregelt

## 3 Fragen an Markus Notter

1. Was würdest du nie essen?

Tofuwurst!

2. Was würdest du in deiner Freizeit nie tun?

Sport!

3. Wo würdest du im Kanton Zürich nie hingehen?

An einen Anlass der Gesellschaft zur Förderung der Limonadenvielfalt!

sehen möchte.

*FORUM: 12 Bezirke, 171 politische Gemeinden, 188 Schulgemeinden und 223 Zweckverbände, insgesamt über 700 öffentlich-rechtliche Körperschaften bilden das Strukturgerüst des Kantons Zürich. Nach deinem Willen soll das anders werden. Wie und wann – und warum?*

Markus Notter: Hier geht es um notwendige Strukturveränderungen. Immer mehr Aufgaben der Gemeinden werden in Zweckverbänden gelöst, weil die Gemeinden sie nicht mehr alleine zu lösen vermögen. Die demokratische Mitwirkung in den Zweckverbänden ist stark eingeschränkt, gleichzeitig sind sie aber sehr schwierig zu führende Gebilde. Wir müssen ganz allgemein die Leistungsfähigkeit der dezentralen Einheit verstärken. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir eine schleichende Zentralisierung erleben, die ich nicht gut finde.

## Markus Notter

Markus Notter ist 39 Jahre alt, Dr. iur. – mit einer Spezialisierung auf Verwaltungs-, Staats- und Völkerrecht – und wohnt mit seiner Lebenspartnerin in Dietikon. Politisch ist Markus Notter ein Senkrechtstarter: 1986 wurde er in den Gemeinderat von Dietikon und 1987 in den Kantonsrat gewählt. Bei seiner Wahl zum vollamtlichen Stadtpräsidenten von Dietikon 1990 zählte er noch keine 30 Lenze. 1996 erfolgte schliesslich seine Wahl in den Zürcher Regierungsrat als Nachfolger von Moritz Leuenberger. In seiner bisherigen Amtszeit konnte der ehemalige Stadtpräsident durch und durch überzeugen und viele wichtige Vorlagen erfolgreich im Kantonsrat und vor den Stimmberechtigten vertreten sowie wichtige Impulse setzen. Als Beispiel sei die Vorlage zur Abgeltung der Sonderlasten der Stadt Zürich genannt, welche Anfang Februar an der Urne gutgeheissen wurde.

... und damit ob all der Wahlen nicht vergessen geht:

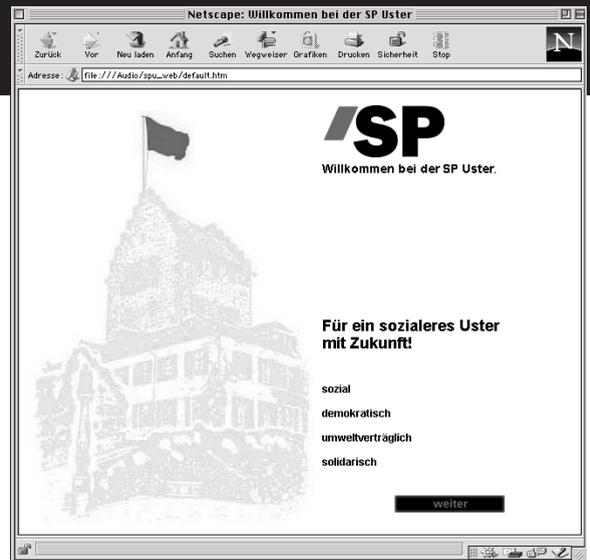
## Parolen SP Uster zu den Abstimmungen vom 18. April 1999

### Bund

#### Ja zur Totalrevision der Verfassung

Weil die vorgelegte neue Verfassung zwar kein grosser Wurf ist, dennoch einige positive Neuerungen seitens der SP eingebracht werden konnten (Verankerung der Grundrechte, Verankerung von Sozialzielen, Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips sowie der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau und die Gleichstellung der Behinderten), und weil die Bundesverfassung der Schweiz nach 124 Jahren dringend ein neues Kleid benötigt...

# Wir sind links und Internet: SP Uster



Die SP Uster ist als einzige grosse Gemeinderatspartei in Uster auf dem Internet vertreten. Zum Dienstleistungsangebot für Surferinnen und Surfer im In- und Ausland gehören neben einfachen Kontaktmöglichkeiten und zahlreichen Links, einer Präsentation der verschiedenen Behörden- und Vorstandmitglieder, Informationen über politische Positionen der SP Uster, die Zeitschrift FORUM und des jungen SP-Flügels «ju&so» auch eine aktuelle Seite, die von der SPU-Internet-Redaktion alle 14 Tage aktualisiert wird. Nicht nur links und Internet also, sondern auch noch aktuell: [www.spzuerich.ch/spuster](http://www.spzuerich.ch/spuster)

Prof. Rüdīsühli zum Thema Politik

# Rüdīsühli human touch

**Wir kennen alle die scharfsinnigen Analysen von Politologe Professor Rüdīsühli. Wir wissen aber wenig über den Menschen Paul Rüdīsühli. Forum schafft dem Abhilfe.**

*FORUM: Professor Rüdīsühli, jetzt wird dann wieder gewählt und viele unserer Leserinnen und Leser sind auf Ihre Polit-Analysen gespannt. Jetzt fragen wir Sie aber gleich etwas ganz Persönliches.*

Rüdīsühli: Nanu, in welchem Boulevard bin ich denn hier gelandet?

*FORUM: Kein Boulevard, kein Boulevard, lieber Professor, aber wir sind eben ein Blatt, das sich neben harten Fakten auch etwas Human touch erlaubt.*

Rüdīsühli: Was möchten Sie wissen?

*FORUM: Wen wählen Sie? Und vor allem: wie wählen Sie? Eine Leserin hat uns nämlich geschrieben: «Rüdīsühli weiss so viel über die Kandidaten. Wie kann er sich nur entscheiden?»*

Rüdīsühli: Wollen Sie es wirklich wissen? Da muss ich Ihnen aber ein Geheimnis verraten.

*FORUM: Human touch, human touch.*

Rüdīsühli: Ich wähle Gesichter, Menschen, die ich mag. Ich wähle, wenn Sie so wollen, wie all die andern auch.

*FORUM: Nein?! Viele werden enttäuscht sein, wenn Sie das so sagen, Herr Professor. Dabei reden Sie doch immer so geschickt daher. Wir glaubten, da stecke was dahinter!*

Rüdīsühli: Das ist der argumentative Überbau. Und der ist nicht Ohne, da haben Sie Recht. Die Rüdīsühlschen Polittheoreme eben: klug und kongruent.

*FORUM: Aha.*

Rüdīsühli: Jetzt müssen Sie nicht gleich so ein-silbig werden. Sie wollten etwas Persönliches wissen, ich habe Ihnen etwas Persönliches erzählt. Ich verrate Ihnen jetzt noch etwas. (*Rüdīsühli kommt in Fahrt*). Fragen Sie mich, wo die Politiker am nachhaltigsten auf mich wirken.



Prof. Paul Rüdīsühli im Gespräch mit FORUM-Redaktor Rolf Murbach

*FORUM: Wo, Herr Rüdīsühli, wirken die Politiker am nachhaltigsten auf Sie?*

Rüdīsühli: Sie wollen von mir also wissen, wann sich bei mir das wahlprägende Gefühl einstellt: «Diesen Menschen mag ich.» Wenn der Mensch mich von einem Plakat anlächelt oder mir mit besorgtem Blick sagt: «Ich teile Deine Sorgen. Jetzt wird alles anders.» Oder mir ganz einfach zu verstehen gibt: «Eigentlich bin ich ein Mensch wie Du.» Wenn diese Gefühle in mir aufsteigen, dann hat er oder sie gute Chancen, von mir gewählt zu werden. Denn wer wählt nicht am liebsten sich selber?

*FORUM: Jetzt driften Sie aber ins Psychologische ab, Herr Professor.*

Rüdīsühli: Die grössten Wahlchancen haben die Plakatmenschen beim Kreisel. Da kannst Du ihnen immer wieder begegnen. Gerade gestern habe ich zehn Runden gedreht. Zehn mal Rita Furrer – glaube ich, war es – das hinterlässt einen starken Eindruck. Das haben übrigens erst wenige Werbeagenturen gemerkt. Zufrieden?

*FORUM: Was könnten wir Sie noch fragen?*

*Interview: Rolf Murbach*

## Lesung

Inserat

Judith Giovannelli-Blocher, Christophs Schwester, unternimmt in ihrem Roman eine Reise in die eigene Kindheit. Erinnerungen und Fiktion verdichten sich zu lebensvollen Szenen. Es gelingt ihr, ein literarisches Porträt eines protestantischen Pfarrhauses zur Zeit des Zweiten Weltkrieges zu zeichnen, das über das Autobiographische hinausweist und durch literarische Qualität besticht.



Judith Giovannelli-Blocher liest aus ihrem Roman am

**25. März 1999  
um 20.15 Uhr  
im Saal des Rest. Sonne**

# 15 KandidatInnen und Kandidaten aus dem Bezirk Uster für einen sozialen und Wir sind Partei für eine verantwortungsvolle Arbeit für alle und eine intakte Umwelt sind



**1 Dorothee Jaun (bisher, 1948)**

Fällanden, Rechtsanwältin/Gemeinderätin,  
Kandidatin für den Regierungsrat, verheiratet,  
zwei Söhne.



**2 Ruth Gurny (bisher, 1948)**

Forch, Dr. phil., Soziologin, verheiratet, zwei  
Kinder.



**3 Crista D. Weisshaupt (bisher, 1954)**

Uster, Familienfrau, VPOD, Co-Präsidentin der  
SP Frauen Kanton Zürich, Mitglied der GPK des  
Kantonsrates.



**7 Marlies Hürlimann-Arnold (1962)**

Uster, Redaktorin BR, Gemeinderätin,  
Präsidentin Verein Musikschule Uster,  
Greifensee, Vorstand Wirtschaftsforum Uster,  
Redaktorin der Frauenzeitschrift NORA.



**8 Barbara Bussmann (1955)**

Volketswil, Krankenschwester/Familienfrau,  
Mitglied Gesundheitsbehörde.



**9 Dan Burkolter (1976)**

Mönchaltorf, Student Mathematik.



**13 Anneliese Schnoz (1953)**

Benglen/Fällanden, Sozialarbeiterin, Mitglied  
Schulpflege.



**14 Alexandra Freuler (1966)**

Dübendorf, Teilzeitangestellte/Familienfrau,  
Mitglied Kirchenpflege.

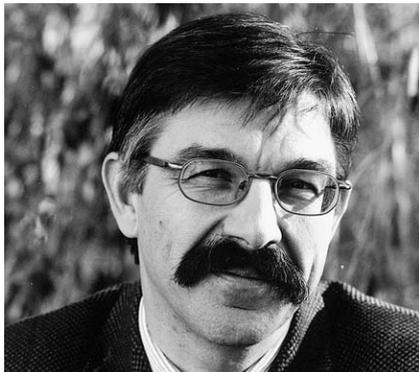


**15 Vanessa Basso (1974)**

Dübendorf, Studentin / pol. Wissenschaften im  
Studium

und solidarischen Kanton Zürich.

# Wirtschaftspolitik: Soziale Sicherheit, unsere Ziele



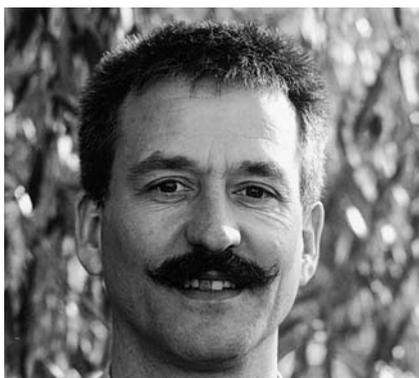
**4 Martin Bornhauser (bisher, 1950),**  
Nänikon/Uster, lic.iur, Jugendanwalt, VPOD,  
Präsident des Vereins für Drogenfragen Zürcher  
Oberland, Vizepräsident der GPK des  
Kantonsrates.



**5 Peter Anderegg (1951)**  
Dübendorf, Maschineningenieur HTL, Co-  
Präsident SP Dübendorf, VPOD, Mitglied der  
Werkkommission Dübendorf.



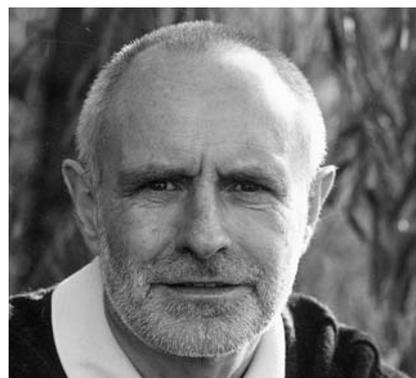
**6 Andreas Bachofen (1975)**  
Dübendorf, Soziologiestudent, Gemeinderat,  
Mitglied der Jugendkommission, Vorstand SP  
Dübendorf, Vorstand Verein Nachtbus Glattal.



**10 Peter Mathis-Jäggi (1954)**  
Uster, Lokführer, Gemeinderat, SEV.



**11 Andrea Kennel (1964)**  
Dübendorf, Informatikerin, Dr.sc.techn.,  
Gemeinderätin.



**12 Markus Brändli (1947)**  
Hinteregg, Typograph, Kassier SP Egg.

**In den Regierungsrat: Dorothee Jaun und Markus Notter,  
gemeinsam mit Verena Diener und Ruedi Aeschbacher.  
Für den Kantonsrat: Sozialdemokratische Partei, Liste 2.**

links und internet: [www.spzuerich.ch/spbezirkuster/](http://www.spzuerich.ch/spbezirkuster/)  
und: [www.spzuerich.ch/spuster/](http://www.spzuerich.ch/spuster/) oder: [www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch).



Kantonsrätin Crista D. Weisshaupt über die Krankenkassenprämien

# Tragbare Krankenkassenprämien für alle

**Der Bund stellt den Kantonen Geld für die Verbilligung von Krankenkassenprämien zur Verfügung. So sieht es das Krankenversicherungsgesetz vor. Doch viele Kantone, darunter auch der Kanton Zürich, schöpfen diese Gelder nur zu einem Teil aus und sparen so Millionen auf dem Buckel der sozial Schwächeren. Dies muss ein Ende haben.**

Von Crista D. Weisshaupt

Am 1. Januar 1996 wurde das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) in Kraft gesetzt. Während dem damaligen Abstimmungskampf habe ich dieses neue Gesetz voll unterstützt und es als Gesetz in die richtige Richtung bezeichnet. Dieser Meinung bin ich auch heute noch, obwohl das Gesetz bis heute einen grundlegenden Fehler aufweist, den die SPS mit einer entsprechenden Initiative auszumerzen versucht: Es gilt immer noch das unsoziale Kopfprämien-System. Wünschenswert und richtig wäre hingegen ein System mit Lohnprozent-Abzügen ähnlich wie bei der AHV.

Das neue Gesetz hat zwar eine Sicherung bzw. eine Vorsorge eingebaut, um die sozialen Härten des Kopfprämien-Systems zu mindern: Es sieht vor, dass der Bund den Kantonen Gelder für die Prämienverbilligung zur Verfügung stellt, diese müssen aber ebenfalls in gleicher Höhe Gelder für die Prämienverbilligung bereitstellen.

## Bislang nur minimale Ausschöpfung

Das Gesetz verpflichtet die Kantone aber nur mindestens 50 Prozent dieser Gelder zu beanspruchen, was dazu führt, dass viele Kantonsregierungen – mit Hinweis auf die knappen Staatsfinanzen – nur gerade dieses Minimum ausschöpfen, so auch der Zürcher Regierungsrat. So aber ist klar, dass nicht wie in der Abstimmung zum KVG genannt, 30 bis 50 Prozent der Bevölkerung in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen, sondern ein geringerer Prozentsatz. Dieser Umstand war Anlass, dass im September 1995 eine kantonale Volksinitiative lanciert wurde, die die volle Ausschöpfung der Bundesgelder fordert, die Ansetzung der Bezugsgrenze so verlangt, dass mindestens ein Drittel der Bevölkerung von den Prämienverbilligungen profitieren kann, und die automatische Auszahlung der Verbilligungsleistung fordert.



*Kantonsrätin Crista D. Weisshaupt will sich für die volle Ausschöpfung der Bundesgelder für die Krankenkassenprämienverbilligung einsetzen.*

## Regierung lässt sich Zeit

Das Initiativkomitee ging damals davon aus, dass dieses Volksbegehren im Jahre 1996, spätestens 1997 zur Abstimmung gelangen würde, da die darin gestellten Forderungen sehr einfach zu erfüllen sind. Nun schreiben wir das Jahr 1999 und die Abstimmung ist immer noch nicht über die Bühne gegangen. Was ist passiert?

Die Regierung – und vor allem die zuständige Gesundheitsdirektorin – liessen sich mit der Ausarbeitung eines entsprechenden KVG-Einführungsgesetzes viel Zeit: Es wurde erst im Sommer 1998 dem Parlament zur Beratung vorgelegt. In diesem Einführungsgesetz (EG KVG) sind die Forderungen des Initiativkomitees in keiner Weise berücksichtigt worden: Weiterhin soll der Kanton Zürich nur 50 Prozent der ihm zustehenden Bundesgelder in Anspruch nehmen und die Festlegung der Höhe der Bezugsquote und der Prämienverbilligung soll weiterhin dem Regierungsrat zustehen. Auch die automatische Auszahlung der Gelder wurde verworfen, die bezugsberechtigten Personen müssen diese weiterhin beantragen. Einzige «Verbesserung»: Den bezugsberechtigten Personen wird künftig von der Sozialversicherungsanstalt mitgeteilt, dass sie bezugsberechtigt sind. Allerdings: Für Betagte, die dies öfters immer noch als Bittgang empfinden, des Lesens oder der deutschen Sprache nicht mächtigsten Personen nützt eine solche Mittei-

lung unter Umständen herzlich wenig. Es macht den Eindruck, als rechne der Kanton damit, dass nicht alle Betroffenen merken, dass sie Prämienverbilligungs-Gelder zu gute haben. Auch eine Form von Sparbemühungen!

## Immer weniger Geld für den Einzelnen

Und in der Tat ist das EG KVG – welches im Juni als «Gegenvorschlag» gemeinsam mit der Volksinitiative zur Prämienverbilligung vors Volk kommt – eine verkappte Sparvorlage: Der Kanton hat schon bis heute durch seine zögerliche Politik Millionen auf dem Buckel der sozial Schwächeren in unserem Kanton gespart. Und dies will er auch weiter tun. Zwar wurden im letzten Jahr die Zahl der bezugsberechtigten Personen ausgedehnt und somit fast annähernd ein Drittel der Bevölkerung erreicht. Da aber gleichzeitig nicht mehr Gelder für die Prämienverbilligung zur Verfügung gestellt werden, heisst dies, dass für den Einzelnen/die Einzelne 1999 weniger Geld zur Verfügung steht. Und die Krankenkassenprämien steigen weiter.

Aus diesem Grund werde ich mich vehement für die Initiative und gegen das EG KVG einsetzen, denn ich bin überzeugt, dass die volle Ausschöpfung dem Willen des Volkes entspricht, den es bei der Annahme des KVGs 1995 zum Ausdruck gebracht hat.

Kantonsrat Martin Bornhauser zur Suchtprävention

# Suchtmittelprävention heisst Gesundheitsförderung

**Immer mehr Jugendliche greifen zu Zigaretten, vor allem dann, wenn sie sich überfordert fühlen oder mit ihrer Situation unzufrieden sind. Mit gezielter Prävention liesse sich die Drogenanfälligkeit vieler Jugendlichen vermindern. Doch noch immer fliesst mehr als die Hälfte der Gelder für die Drogenbekämpfung in die Repression, nur 5 Prozent in die Prävention. Ein krasses Missverhältnis, das geändert werden muss.**

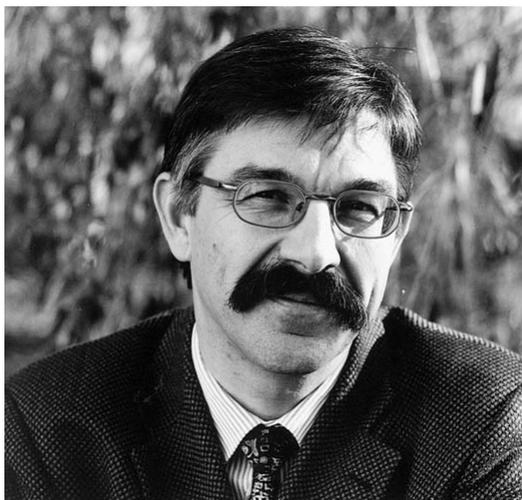
Von Martin Bornhauser

In der Schweiz raucht heute bereits jeder vierte 15jährige Heranwachsende regelmässig, zwei Drittel davon gar täglich. Nicht nur ältere Jugendliche und Erwachsene greifen somit immer häufiger zu Suchtmitteln. Schon bei den 11 bis 15jährigen Schulkindern manifestiert sich die problematische gesellschaftliche Entwicklung hin zu vermehrtem Konsum von Suchtmitteln, insbesondere Tabak und Cannabis. Dies zeigt eine repräsentative Schülerbefragung der Schweizerischen für Alkohol- und andere Drogenprobleme in Lausanne. Beunruhigend ist zudem die Veränderung der Konsummuster bereits im Schulalter: Wer raucht, raucht regelmässig – wer trinkt, sucht häufiger die Berausung.

Die Prävention ist damit mehr denn je gefordert. Wie sie sich auszurichten hat, ergibt sich ebenfalls aus den Schülerbefragung. Es hat sich nämlich gezeigt, dass jene Kinder am ehesten vor Suchtproblemen gefeit sind, die mir der Schule sowie ihrer Lebenssituation insgesamt zufrieden sind, die sich als gesund betrachten, ein gutes Verhältnis zu ihrem Körper haben und sich mit ihren Eltern gut verstehen. Suchtprävention heisst also nicht nur Abschreckung vor den Folgen des Suchtmittelmissbrauchs, sondern ganz allgemein Gesundheitsförderung.

## Suchtprävention braucht mehr Geld

Wie ist die Suchtprävention bei uns in den Bezirken Hinwil, Pfäffikon und Uster organisiert? Den Mittelpunkt bildet die Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland des Vereins Drogenfragen Zürcher Oberland, den ich seit elf Jahren präsidiere. Kanton und Gemeinden teilen sich die Kosten für diese Stelle. Mit einem Personalbestand von nur gerade 490 Stellenprozent be-



*Kantonsrat Martin Bornhauser will sich für mehr Mittel – die beispielsweise aus konfiszierten Drogengeldern stammen können – für die Suchtmittelprävention einsetzen.*

schränkt sich deren Einsatz auf einige wenige zentrale Aufgaben: Sicherstellung, dass sich in jeder Gemeinde eine Stelle mit dem Thema Suchtmittelprävention auseinandersetzt und auch Aktivitäten unternimmt; Koordination der kommunalen Bestrebungen sowie fachliche Unterstützung und Beratung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten ausserordentliches, aber sie stehe auf verlorenem Posten.

Erfolg und Misserfolg der Suchtprävention in Kanton und in den Gemeinden ist direkt abhängig von den zur Verfügung gestellten Mitteln. Von den Gesamtkosten für die Drogenbekämpfung entfallen in der Schweiz 57 Prozent auf die Repression, 25 Prozent auf Betreuung und die Therapie, 23 Prozent auf die Schadensminderung und nur gerade 5 Prozent auf die Prävention und die Forschung. Ein krasses Missverhältnis. Dies muss geändert werden.

## Konfiszierte Drogengelder zweckgebunden verwenden

Schon vor einigen Jahren habe ich im Kantonsrat ein Postulat eingebracht, es seien alle im Kanton Zürich gerichtlich eingezogenen Gelder der Süchtigenhilfe und der Suchtmittelprävention zuzuführen. Der Rat war nicht bereit, das Postulat zu überweisen. Heute muss ein neuer Anlauf genommen werden und der gedankliche Ansatz ist ein neuer. Drogenhandel und -konsum sind heute eine eminent globale Problematik. Weit-

herum herrscht jedoch eine lokale und nationale Sichtweise vor. In «Konsumländern» wie der Schweiz wird oft übersehen, dass das Drogengeschäft nicht nur hier grosse Probleme verursacht. Auch in den sogenannten «Produzentenländern» sind damit schwerste menschliche, soziale und wirtschaftliche Zerrüttung, ökologische Schäden sowie brutale Gewalt verbunden. Eine zentrale Ursache für verbreiteten Drogenanbau liegt darin, dass kleinbäuerliche Produzenten im Süden für ihre traditionellen Produkte nicht existenzsichernde Preise erhalten und ganze Regionen von der staatlichen Entwicklungsplanung systematisch vernachlässigt werden.

Ziel einer kohärenten Drogenpolitik muss eine Reduktion sowohl der Nachfrage als auch des Angebotes sein. Angesichts der heutigen Aufgabenstruktur bin ich der Ansicht, dass insbesondere der Präventionsbereich zu fördern ist. Um die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen zu können, sind konfiszierte Drogengelder vollumfänglich zweckgebunden für zusätzliche Massnahmen der Prävention zu verwenden. Entsprechend der Natur der Problematik sind diese Gelder zu je 50 Prozent in der Schweiz und zu 50 Prozent in den Anbaugebieten einzusetzen. Um diese Forderung zu konkretisieren und zu realisieren, haben sich Vertreter der Hilfswerke und der Drogenpolitik zusammengeschlossen um auf Bundes- und Kantonebene entsprechend Vorstösse zu lancieren. Ich bleibe dran.

«[www.spzuerich.ch/spuster/](http://www.spzuerich.ch/spuster/)» über Kantonsratskandidatin Marlies Hürlimann

# Junge UnternehmerInnen müssen gefördert werden

**Unverhofft kommt oft:** Es war geplant, dass alle vier KantonsratskandidatInnen der SP Uster in dieser FORUM-Nummer je in einem Artikel zu einem politischen Thema ihrer Wahl Stellung beziehen. Und nun das: Marlies Hürlimann kann ihren geplanten, bereits begonnen Artikel nicht rechtzeitig fertigstellen, weil sie eine Krankheit vorübergehend ans Spitalbett fesselt. Wir wünschen ihr auf diesem Weg schnelle Genesung und bringen, damit sie trotzdem wissen, wer Marlies Hürlimann ist – was nach ihrer Stadtratskandidatur im letzten Jahr ja aber beinahe überflüssig ist – und für was sie sich einsetzen will, jene Texte, die sie für die Wahlhomepage der SP Uster ([www.spzuerich.ch/spuster/](http://www.spzuerich.ch/spuster/)) verfasst hat.\*

## Zur Person

Mein Name ist Marlies Hürlimann-Arnold, zähle 36 Lenze und lebe mit meinem Mann in Oberuster. Ich bin mit sechs Geschwistern im Kanton Uri aufgewachsen, wo ich eine kaufmännische Lehre absolviert habe. Mit 19 bin ich nach Zürich gezogen, wo ich mehrere Jahre als Sekretärin/Assistentin und später im PR- und Verlagswesen gearbeitet habe. Dazwischen liegen, um «die Welt» zu sehen, längere Auslandsreisen mit dem Tramperrucksack. Unter anderem habe ich im Rahmen eines Austauschprogramms ein Jahr in den USA gearbeitet. Nach meiner Rückkehr in die Schweiz bin ich 1991 der SP Zürich 11 beigetreten, weil ich nicht nur von den Vorteilen eines Lebens in der Schweiz profitieren wollte, sondern mich auch für sie engagieren wollte.

## Zum Beruf

Nach einer kaufmännischen Ausbildung und mehreren Jahren Berufstätigkeit in den Bereichen PR und Verlagswesen habe ich mich berufs begleitend zur Journalistin weitergebildet. Ich habe danach drei Jahre als Redaktorin für das Kundenmagazin einer grossen Detailhandelskette gearbeitet. Seit 1996 studiere ich an der HWV Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule (neu: Fachhochschule) in Winterthur Betriebsökonomie. Daneben arbeite ich freiberuflich als Journalistin. Seit Juni präsidiere ich zudem die Musikschule Uster Greifensee – eine Aufgabe, die mir viel Freude bereitet, und bei der mir meine betriebswirtschaftlichen Kenntnisse zugute kommen.

## Zur Freizeit

Da die Politik mein liebstes Hobby ist, und mein Studium, das ich voraussichtlich im November 1999 abschliesse, einige Zeit beansprucht, bleibt für andere Freizeitaktivitäten im Moment wenig Spielraum. Ich lese jedoch gerne, verbringe etwas Zeit mit Gartenarbeit und treibe mässig Sport. Daneben treffe ich gerne Freunde.

## Politisches Engagement

Seit 1994 bin ich Mitglied des Ustermer Gemeinderates – den ich 1997/98 präsidieren durfte – und der Parlamentarischen Raumplanungskommission (PRK). Seit 1998 präsidiere ich zudem neu die SP-Gemeinderatsfraktion. Als Mitglied der PRK konnte ich massgeblich an den Gestaltungsplänen Loren und Hohfuren mitarbeiten, die wichtige Entwicklungschancen für Uster bedeuten. Ebenso war ich bei der Revision der Nutzungsplanung involviert. Mit einer Interpellation habe ich ein kommunales Energieleitbild angeregt, welches zur Zeit ausgearbeitet wird und das einen verant-



*Marlies Hürlimann will sich im Kantonsrat dafür einsetzen, dass JungunternehmerInnen leichter Risikokapital erhalten.*

wortungsvollen Umgang mit den Ressourcen zum Ziel hat. Und während meiner Zeit als Co-Präsidentin der SP-Arbeitsgruppe Schule ist unser überregional beachtetes Schulleitbild entstanden.

## Politische Ziele

Nachdem ich seit 1994 Gemeinderätin bin, den Sprung in den Stadtrat 1998 nur knapp verpasst habe und mich seit Jahren als Redaktorin der politischen Frauenzeitschrift NORA mit Frauenanliegen und Frauenpolitik auseinandersetze, möchte ich diese Erfahrungen in den Kantonsrat einbringen. Dank meiner Wirtschaftsausbildung hoffe ich, der bürgerlich dominierten Politik, die für Deregulierung und Sozialabbau eintritt, sachliche Argumente entgegenhalten zu können. Ich will mich weiter dafür einsetzen, dass innovative Technologien und erneuerbare Energien gefördert werden, und dass junge Unternehmerinnen und Unternehmer leichter Risikokapital erhalten, damit sie ihre Ideen in die Tat umsetzen können. Statt nur die grossen Konzerne mit Steuergeschenken und Konzessionen zu «hätscheln», sollte nicht vergessen werden, dass es gerade die kleinen und mittleren Betriebe sind, die in den letzten Jahren Arbeitsplätze geschaffen haben.

*\*A propos Wahlhomepage: Natürlich finden Sie auf unserer Wahlhomepage auch ähnliche Texte der anderen drei Kandidierenden für den Kantonsrat. Weiter finden Sie Links auf die Homepages von Dorothee Jaun und Markus Notter. Und auch unser Kandidat fürs Fürsorgepräsidium, Bruno Schwarz, hat eine eigene Homepage. Schauen so doch einfach mal rein:*

[www.spzuerich.ch/spuster/](http://www.spzuerich.ch/spuster/)

Kantonsratskandidat Peter Mathis zum Service public

# Eine demokratische und soziale Notwendigkeit

Staat und Service public dienen dem Gemeinnutzen. Der Service public schafft die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und erbringt Dienstleistungen, die für die ganze Bevölkerung unerlässlich sind (Bildung, Gesundheit, Verkehr, Kommunikation, Sicherheit, Soziales, öffentliche Verwaltung). Dieser Service public muss erhalten bleiben.

---

Von Peter Mathis

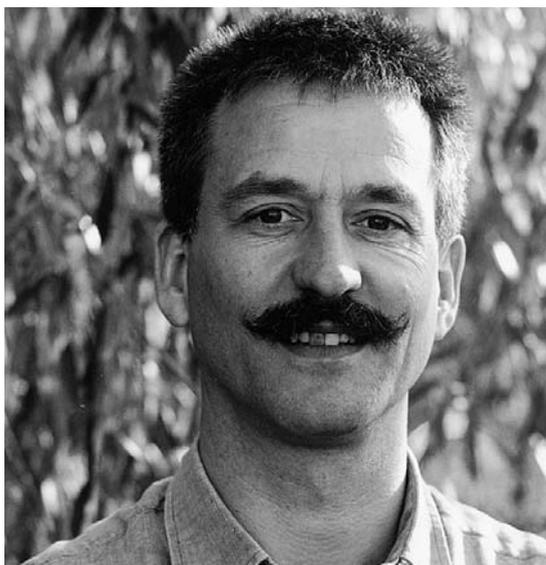
---

Der Service public steht grundsätzlich jedem offen und zwar unabhängig vom Einkommen. Er ist nicht jenen vorbehalten, die Geld haben, so, wie es unter Marktbedingungen der Fall ist. Der Service public übt somit eine Funktion der sozialen Umverteilung aus, bei der die Wohlhabenden durch eine progressive Steuerbelastung für das Wohl ihrer weniger bemittelten MitbürgerInnen mitsorgen. Der Service public spielt also für den nationalen Zusammenhalt eine wichtige Rolle, indem er die Gleichbehandlung gewährleistet und Arbeitsplätze schafft, die hinsichtlich der Arbeitsbedingungen eine Vorbildrolle spielen sollten. Doch der Service public wird heute durch die Vermögenden in Frage gestellt. Sie streben den Abbau durch Verringerung der Dienstleistungen, durch Öffnung für den Wettbewerb mit privaten Unternehmungen und gar durch Privatisierungen an.

## Reformen sind sinnvoll

Einstehen für einen leistungsfähigen Staat heisst nun nicht, bestehende Leistungsangebote, Organisationsstrukturen und das aktuelle Funktionieren der öffentlichen Einrichtungen unkritisch zu verteidigen oder zu zementieren. Sinnvolle Reformen sind die wirkungsvollste Antwort auf Spardruck, Privatisierungsabsichten, Deregulierung und Angriffe auf das öffentliche Personal. Jede Reform muss aber nach ganz bestimmten Kriterien erfolgen:

1. Die Dienstleistungsqualität, die Versorgungssicherheit und der Zugang muss für alle BürgerInnen unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der BenutzerInnen gewährleistet sein.
2. Die Personalfriedenheit muss vorhanden sein, weil nur gut motiviertes und qualifiziertes Personal in der Lage ist, qualitativ hochstehende Dienstleistungen zu erbringen.



*Peter Mathis will sich im Kantonsrat für den Service public und fortschrittliche Arbeits- und Anstellungsbedingungen des Staatspersonals einsetzen*

3. Die demokratische Kontrolle durch die Parlamente, welche ihre Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpfen, muss gewährleistet sein.

## Privatisierung löst keine Probleme

Keinen Beitrag zu sinnvollen Reformen leisten Privatisierungsbestrebungen nach dem Motto «Der Markt ist immer besser». Hinter dieser «Deregulierung» steht eine Machtverschiebung weg von demokratischen Entscheiden, hin zu einem Diktat der finanziell Mächtigen. Kostenenkungsprogramme und Abbauvorgaben sind als Reformziele denkbar ungeeignet und gefährden die Dienstleistungsqualität.

## Frauen vorwärts zur Gleichstellung

Im öffentlichen Sektor haben die Frauen zwar im Vergleich zur Privatwirtschaft in früheren Jahren überdurchschnittlich zugelegt, aber diese Fortschritte sind durch die aktuellen Spar- und Abbaumassnahmen gefährdet. Diese Massnahmen treffen überwiegend Beschäftigte in den unteren Hierarchie- und Lohnstufen sowie im Teilzeitbereich. Die Gleichstellung und die Chancengleichheit von Frauen und Männern darf aber nicht durch Sparpolitik gefährdet werden. Teilzeitarbeit für Frauen und Männer auch in Leistungsfunktionen, gleiche arbeitsvertragliche sowie aufstiegsmäßige Bedingungen für Teilzeit- und VollarbeiterInnen müssen vorbildlich bleiben.

## Öffentlich Verantwortung übernehmen

Es lassen sich viele Gebiete aufzählen, in denen der Service public spielt: Kommunikation, Post, Verkehr, Gesundheitswesen, Bildung, Sicherheit, etc. Das Fazit aus diesen Betrachtungen ist einfach: Bund, Kantone und Gemeinden müssen über ausreichende Mittel verfügen, um alle im Interesse der Allgemeinheit stehenden, zur Abdeckung der Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlichen Leistungen und Angebote erbringen zu können. Wirksamkeit, Leistungsfähigkeit, Qualität und Konstanz des Service public müssen garantiert sein.

Der Service public ist unverzichtbar für ein Funktionieren unseres Sozialstaates. Es darf nicht vorkommen, dass private Leistungserbringer den öffentlichen Institutionen nur die lohnenden Aufgaben entziehen. Fortschrittliche Arbeits- und Anstellungsbedingungen sowie der Anspruch auf ständige Weiterbildung am Arbeitsplatz der Beschäftigten schaffen die Grundlage für Dienstleistungsqualität und Versorgungssicherheit. Hohes Qualifikationsniveau und gut ausgebaute Mitwirkungsrechte des Personals garantieren Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Entwicklungsfähigkeit des Service public. Eine plumpe Deregulierung auf dem Rücken des Personals untergräbt den Auftrag des Service public.

Der Gewinn des Service public heisst nicht in erster Linie Profit, sondern Zukunft.

# Veranstaltungskalender

## 19.3. Konzert: Confusion

hot cubanjazz with a touch of soul

22.00 Saal Rest. Sonne

Drei Bläser, zwei Percussionisten, sowie Piano und Bass gehen ans Werk, dass sämtliche salsa-rhythmisch klopfenden Herzen höher schlagen. Ein Live-Act zum anhören und abtanzen!

## FORUM-TIP

## 20.3. Ambrosetti & Abercrombie

Konzert mit Franco Ambrosetti & John Abercrombie.

20.30 Rest. Alcatraz, Aathal

JAZZCLUB  
USTER

Das Franco Ambrosetti Quintett, featuring John Abercrombie. Für diesen Top-Gig gastiert der Club im Restaurant «Alcatraz» in Aathal. Der Tessiner Trompeter und Flügelhornist Franco Ambrosetti gehört zur ersten Garde des internationalen Jazz. Kein Wunder, dass er einen der begnadetsten und schillerndsten Gitarristen überhaupt in die Schweiz holt. Der 54-jährige Abercrombie ist ein «rockender Jazz-Magier», dessen Tunes in unvergleichlicher Schrägheit und doch Perfektion erklingen. Als genialer Musiker und schalkhafter Performer bringt er in jeder Formation neue Saiten zum Klingen. John Abercrombie ist den Ustermer Maniacs kein Unbekannter, stand er doch auch schon auf der «Container»-Bühne, ebenso wie die restlichen Mitglieder von Ambrosettis hochkarätigem Quintett: Antonio Farao (Piano), Mike Richmond (Bass) und Billy Drummond (Drums). Zusammen aber waren die Fünf im Oberland aber noch nie zu hören. Man darf gespannt sein.



Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:

Montag	vormittag geschlossen	14.00–18.30
Di–Fr	9.00–12.30	
	14.00–18.30	
Samstag	9.00 durchgehend bis	16.00

## 20.3. «Spirit Night»

Fest der SP Kanton Zürich

ab 17 Uhr Volkshaus Zürich

17 Uhr: Podiumsdiskussion «Linke Politik – alles nur Politur?» Victor Giacobbo im Gespräch mit Alexander Tschäppät (Nationalrat SP), Markus Notter (Regierungsrat SP), Dorothee Jaun (Regierungsratskandidatin SP), Mike van Audenhove (Comic-Zeichner) und Dragica Racic (Schriftstellerin).

19.30 Uhr: Begrüssung durch Käthi Furrer, Präsidentin SP Kanton Zürich

19.40 Uhr: «Einsichten, Absichten, Aussichten», es sprechen: Renate Schmidt (Landesvorsitzende SP Bayern), Moritz Leuenberger (Bundesrat SP), Ursula Koch (Präsidentin SP Schweiz), Peter Schneider (Kabarettist)

ab 20.30 Uhr: Konzerte mit Cahnteurs à voix, Les Raines Prochaines, Bubble-Town, Kadash ab 1.30 Uhr: Disco «70 to 90» mit DJ Danilo gleichzeitig im Kanzlei-Zentrum gegenüber «Latin-House» mit DJ Muri

Weiter im Angebot: Kinderprogramm, PianoBar, diverse Verpflegungsmöglichkeiten

Billete können bei: Spirit-Night, Zimmerlistrasse 6, 8004 Zürich oder unter Fax 01 725 01 83) für sensationell günstige 22 Franken bestellt werden.

## 10.4. SP-Fest 99

Informationen folgen später.

Saal Rest. Sonne

## 20.4. Generalversammlung der SP Uster

20.00 Saal Rest. Sonne

## FORUM-TIP

## 25.3. Judith Giovannelli-Blocher

Lesung mit der Schwester von Christoph Blocher. Judith Giovannelli-Blocher liest aus ihrem autobiographischen Roman.

20.15 Saal Rest. Sonne

## 26.3. Disco

DJ Vetti & Guest

21.00–02.00 Saal Rest. Sonne

## 25.3. Konzert: Mellow Brass

20.30 JazzClub

Inspiriert von den legendären Studio-Sessions von Clark Terry und Bob Brookmeyer, hat Siroto Spörli, Luzerner Altmeister auf Trompete und Flügelhorn, das Quintett «Mellow Brass» gegründet, mit dem er den warmen, groovenden Happy-Jazz jener beiden Herren in die Gegenwart hinüberretten möchte. Mit hochkarätiger Unterstützung von Posaunist Paul Haag, Gitarrist Roberto Bossard, Bassist und Posaunist Rolf Winger und Drummer Tony Renold. Blue Notes zum Schmelgen und Fingerschnippen!

## 4.3. Theater: Der gestiefelte Kater

Ein Märchenmorgen für Familien mit Kindern ab 4jährig.

11.00 Schulhaus Pünt

## 15.4. Konzert: Lucky Nuts

20.30 JazzClub

Ob abgebrühte Senioren oder ambitionierte Youngsters: Jede Woche treffen sich die leidenschaftlichsten Ustermer Jazzerinnen und Jazzer zur Probe, auf dass sie ihr Publikum stets mit neuen Programmen überraschen können. Was sie während der düsteren Wintermonate erarbeitet haben, zeigen die Afficionados der «Big Band Uster» mit ihrem «Tribute to the Blues» und die Nachwuchstalente der «Lucky Nuts» mit ihrem Frühlingskonzert. Mit der BBU werden 3 Gäste mitwirken: Ursi Ingold (voc), Daniel Mark (voc) und Walter Baumgartner (bluesharp).

## 15.4. Konzert: Christoph Merki Sextett

20.30 JazzClub

Im Nachtechno-Zeitalter gewinnen - wie könnte es anders sein - akustische Instrumente wieder an Interesse. Der Aargauer Saxophonist Christoph Merki macht sich lustvoll daran, die Möglichkeiten dieser neuen Coolness auszuloten, indem er offene, organische Jazzlinien mit spannungsgeladener Minimal Music und schleppenden TrippHop-Rhythmen kombiniert. Acoustic Ambient-Jazz nennt er den Sound, den er mit seinem vielversprechenden Sextett «Music.01» (Daniel Schenker, Posauone - Chris Wiesendanger, Piano - Stephan Athanas, Bass - Matthias Eser, Marimbaphon - Tony Renold, Drums) entwickelt.

## 18.5. Öpfelbaum-Generalversammlung

Anschliessend an die Generalversammlung des «Öpfelbaum» (um 19 Uhr) referiert von Al Imfeld zum Thema «Kultur wird gegessen» (20 Uhr). Der «Öpfelbaum» besorgt das kulinarische Rahmenprogramm.

19.00 Saal Rest. Sonne

**MOMA**

Monatsmagazin für neue Politik

Wende 2000:

Neue Regierungen - neue Politik?

Das neue Monatsmagazin, Nr. 2.99 - aus dem Inhalt: Redaktionsgespräch über linke Politik vor den Wahlen mit Ursula Koch, Cécile Bühlmann, Franziska Teuscher

Weitere Beiträge von Kurt Seifert, Maja Wicki, Lothar Baier, Joachim Bischoff, Warnfried Dettling, Thomas Westphal

Probeabo 3 Nummern für 20.-  
Jahresabo 12 Nummern für 85.-  
Ausbildungsabo für ein Jahr 60.-  
bei: MOMA, Postfach, 8031 Zürich  
Tel. 01/272 90 10, Fax. 01/273 02 12

# Il Terrorista



Tutti conosciamo la storia, ormai, di Abdullah Ocalan, guerrigliero, leader de PKK, il Partito Comunista Curdo, che combatte per l'indipendenza del suo paese dalla Turchia. Quando, tempo fa, il capo dei curdi si è presentato in Italia chiedendo asilo politico, il governo di Ankara ne ha chiesto l'estradizione accusandolo di terrorismo. Estradizione che il Governo Italiano ha rifiutato, perché in Turchia vige la pena di morte per i reati contestati a Ocalan. In conseguenza di tutto ciò i turchi si sono scatenati contro tutto quello che, in qualche modo, gli ricordava l'Italia.

Avrete appreso anche voi delle polemiche che ci sono state fra le forze politiche dell'opposizione ed il Governo ed, anche, nelle forze della maggioranza che sostiene il Governo stesso, da tutto ciò ne ho ricavato alcune considerazioni ed incongruenze che, devo confessarlo, sono deleterie per il prestigio del sistema politico italiano in particolare e, per l'Europa in generale.

Le principali argomentazioni portate a discapito di Ocalan riguardavano il crollo delle nostre esportazioni sul mercato turco e l'asserzione che il predetto signore altro non era che un volgare terrorista. Bene signori cari, c'era qualcuno che ha affermato, tempo fa, che tutto è relativo, dipende tutto dal punto di vista con cui si guarda l'oggetto della nostra attenzione, e, comunque, il signor Ocalan si trova in buona compagnia visto che erano considerati terroristi anche Arafat, l'IRA, l'ETA, etc..

Il signor Ocalan rappresenta il principale movimento politico e militare di alcuni milioni di persone che lottano, da alcuni secoli, per liberarsi dal giogo e dall'asservimento dei popoli vicini, che ne hanno smembrato il loro territorio e lo hanno incorporato ai loro Stati, parlo della Turchia, Siria, Iran, Irak, Armenia che, nel corso dei secoli, li hanno asserviti frustandone il desiderio di libertà fino a, ed è il caso della Turchia, proibirne la lingua, praticando una politica di emarginazione che se da una parte li ha impoveriti e costretti ad emigrare altrove per cercare un futuro migliore, dall'altra ha creato un sentimento di odio verso i loro oppressori che è sfociato in una guerriglia che, solo negli ultimi anni ha fatto diverse migliaia di vittime.

I governanti, in generale, giocano sempre sulla facilità che hanno i governanti a dimenticare i fatti accaduti, nel caso dei curdi ci siamo già dimenticati delle stragi ordinate da Komeini e quelle ancora più crudeli e sistematiche che Saddam Hussein ha perpetrato ai loro danni

usando i gas, per poter meglio depredarne il territorio delle ingenti riserve di petrolio e di gas naturale.

Perché non citare che una parte del nostro export verso la Turchia consisteva in elicotteri da combattimento (per continuare a mitragliare le popolazioni curde)? Perché non spiegare che le maggiori industrie nazionali usano le fabbriche turche per costruirsi quei prodotti che poi vengono messi sul mercato occidentale con l'etichetta «Made in Italy», utilizzando perdipiù operai non ancora adolescenti (vedi il caso Benetton)? Il tutto dopo aver sbandierato ai quattro venti che si è contro il razzismo e lo sfruttamento dei minori e delle minoranze!

Mi preme mettere in evidenza un altro punto della questione, perché la Turchia ha rifiutato processare Ocalan davanti al Tribunale dell'Aia secondo quanto proposto dal governo Italiano e dallo stesso Ocalan? C'è stata la paura che nel corso del processo venissero a galla i metodi alquanto disinvolti con cui il Governo di Ankara mette a tacere gli oppositori, delle carceri piene di prigionieri politici, delle accuse, infine, di genocidio.

Qual'è stato il ruolo occupato all'Europa in tutto questo? Quello dello struzzo che nasconde

la testa per non vedere il pericolo in un momento difficile per l'Italia, l'Europa ha deciso di defilarsi, come se niente stesse succedendo, è stato chiaro per tutti, finalmente, che l'Unione Europea è unita, principalmente, da interessi economici, che non esiste una politica comune, peggio ancora, gli spazi economici lasciati liberi in quei momenti dall'Italia sono stati ambiti dagli altri Stati dell'Unione, alla faccia della solidarietà chiesta e non ottenuta dall'Italia. Gli USA invece, si sono appiattiti sulle posizioni della Turchia, evidentemente la realpolitik vale molto di più di tanti discorsi sulla libertà e sul diritto all'autodeterminazione dei popoli.

Il problema è, secondo me, la mancanza di memoria storica da parte della gente e delle cupidigie che sembra caratterizzare questi tempi, dove la stella che indica la via del dio denaro splende più fulgida che mai. Parlando di memoria storica mi riferivo a noi italiani, costretti per secoli, a combattere per l'unità del paese, proprio per questo avremmo dovuto capire i sentimenti che animano il popolo curdo nella sua lotta per la libertà. Vi immaginate come avrebbero reagito Garibaldi o Mazzini, tanto per citare due eroi del nostro Risorgimento, sentendo la storia del popolo curdo.

## IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 13 500

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.-

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Simonetta Genovese, Claudio Marseglia, Valerio Modolo

Stampa: Ropress Zurigo

# Integrazione – una sfida per tutti

**Il 20 Gennaio scorso ha avuto luogo a Uster un convegno sull'integrazione degli stranieri. Per Uster, che con le sue 92 nazionalità rappresenta una città multiculturale, il tema integrazione è molto attuale.**

Al convegno hanno partecipato ca. 90 persone tra cui rappresentanti delle autorità, varie agenzie anche straniere, istituzioni sociali, scuola, chiesa e anche politici locali. Sono state presentate le istituzioni per l'integrazione già esistenti e anche nuove idee per facilitare l'integrazione. Il convegno è stato organizzato dal «Gruppo coordinatore per la prevenzione della tossicodipendenza» (Koordinationsgruppe Suchtprävention) assieme alla Arbeitsgruppe Integration, della città di Uster. L'obiettivo di questo incontro, che è durato 4 ore e mezzo, era di elaborare nuove possibilità per l'integrazione e svilupparle nel futuro ma anche di dare un chiaro segnale che per la città di Uster l'integrazione è una cosa seria e importante.

Il sindaco Sig.ra Elisabeth Surbeck ha introdotto la serata illustrando la situazione attuale della nostra città, dove gli stranieri sono il 22 % della popolazione e rappresentano 92 nazionalità, confermando che il desiderio di integrarsi ha un alto valore. Ed è in questa connessione che la città di Uster ha formato la Arbeitsgruppe Integration.

Yvette Brunner del gruppo prevenzione della dipendenza ha spiegato che è importante diminuire il senso di incompetenza dei residenti stranieri e incoraggiarli a migliorare il benessere sociale per poter prevenire lo sviluppo della tossicodipendenza.

## Istituzioni esistenti

Un'altro elemento del convegno era di elencare le istituzioni che hanno a che fare con l'integrazione a Uster, per esempio il Consiglio della Collettività Italiana che si prende cura di informare la popolazione italiana a Uster sugli avvenimenti comunali, nel Jugendhaus si cerca di unire la società multiculturale ad una «tavola del mezzogiorno» (pranzo aperto a tutte le persone), il progetto «URAT» della Caritas composto di volontari svizzeri che danno un sostegno alle famiglie albanesi nella vita quotidiana, anche le associazioni sportive, come dimostra il «FC Uster» possono sostenere l'integrazione o la scuola che si prende cura dei bambini e giovani con un

fondo culturale, il «Spielmobil» (una specie di parco giochi viaggiante) porta un contributo all'integrazione coinvolgendo bambini che non vanno normalmente nei parco giochi pubblici. I tre segretariati di gioventù del circondario Hinwil, Pfäffikon e Uster hanno progettato di sviluppare la formazione genitori/adulti (Elternbildung) stranieri.

## Disoccupato ma integrato

Un asilante che vive in svizzera dal 91 ha spiegato come vive lui l'integrazione. Pur essendo colpito dalla disoccupazione e il suo permesso di soggiorno in Svizzera scade in Ottobre si sente integrato. Momentaneamente si impegna come mediatore in un progetto di occupazione per i suoi coetanei. Nella terza parte della serata si sono formati dei gruppi di lavoro per cercare di scoprire ancora lacune nell'integrazione a Uster. Più di una volta sono stati menzionati i corsi di lingua tedesca per stranieri, naturalizzazione facilitata/automatica per giovani, miglior collaborazione tra coordinatori del asilo e della scuola, allargare progetti come il «URAT» su altre nazioni, creare possibilità per recuperare la Real- o Sekundarschule, formare altri collaboratori e continuare ad organizzare le serate informative p.es. scolastiche con i genitori (Elternabend) con traduttori simultanei. Uno dei gruppi ha proposto di pubblicizzare le istituzioni esistenti che promuovono l'integrazione perché sono poco conosciute dalla popolazione. Una possibilità sarebbe stimolare il lato delle tasse per l'industria che offre posti di tirocinio per stranieri. E infine l'importanza dei lavori nei quartieri dove possono svilupparsi più facilmente i contatti tra stranieri e popolazione.

Nel discorso conclusivo Werner Scherrer, consiglio comunale, ha detto che questo convegno ha dimostrato che l'integrazione può solo avere successo se tutta la popolazione ne partecipa, ma a nostro avviso la popolazione deve essere consapevole dell'esistenza del problema, da qui la necessità di una campagna di informazione più incisiva delle autorità o strutture competenti.

Traduzione Genovese Simonetta

## Comunicato della Commissione Scuola del CCIU



# Elezioni del governo e parlamento cantonale

Stefan Feldmann

**Il prossimo 18 Aprile verrà rinnovato nel cantone Zurigo il governo e il parlamento. Con il motto: una politica diversa, per il cantone di Zurigo, dopo diversi anni, si è formata una nuova coalizione per il governo cantonale, che raggruppa candidati del partito socialista, verdi e del partito degli evangelisti. Hanno formato una "alleanza per il cantone Zurigo» che intende promuovere una nuova e migliore politica sociale in tutto il cantone. Poco prima di entrare nel terzo millennio, si svolgono per l'ultima volta in questo secolo, le elezioni per il rinnovo dell'esecutivo e legislativo del cantone. Saranno senz'altro elezioni molto combattute, si deciderà in pratica se si deve continuare con l'attuale coalizione dei partiti borghesi dominata da l'unione democratica di centro (SVP), il partito del no, che negli ultimi anni oltre che risparmiare non ha prodotto risultati significativi. Oppure eleggere una maggioranza rosso-verde e centro che ha nel proprio programma la sicurezza del posto di lavoro, una politica sociale equa e una nuova politica per l'Europa. Per la prima volta in queste elezioni si sono alleati socialisti, verdi e evangelisti con l'anello degli indipendenti, che però non ha presentato un proprio candidato, con l'intenzione di attingere consensi del potenziale elettivo della coalizione borghese.**

L'«alleanza per il cantone Zurigo» si presenta con due candidati di spicco del partito socialista che concorrono per i setti posti del governo cantonale. Markus Notter (38) è nel governo dal 1996 come ministro dell'interno e di giustizia, che ha in moltissime occasioni dimostrato le sue qualità. Per esempio il progetto che la città di Zurigo sovvenzioni i costi nel ramo della cultura, del sociale e della polizia (Lastenabgeltung). Inoltre Notter ha contribuito alla riforma della giustizia e della costituzione cantonale. Dorothee Jaun (51) altra candidata del partito socialista, spera di recuperare il seggio perso 4 anni fa. Jaun è un personaggio di spicco nel parlamento cantonale, inoltre è presidente della commissione per la gioventù (Jugendkommission) del circondario di Uster, è anche consigliere comunale nel co-

mune di Fällanden. Oltre a questi due candidati per "l'alleanza» si ripropone Verena Diener dei verdi già ministro della sanità e Ruedi Aeschbacher, consigliere cantonale e ex assessore comunale di Zurigo.

Se questa alleanza riuscirà ad avere la maggioranza nel governo cantonale è ancora incerto, i sondaggi non sono molto chiari, c'è da sperare che almeno conquisti un terzo seggio. Oltre alle elezioni del governo viene rinnovato anche il parlamento cantonale alla sua scadenza naturale. Qui la lotta sarà molto serrata, per il partito socialista sarà difficile guadagnare nuovi mandati, anche a causa della nuova suddivisione dei seggi. Nel circondario di Uster a cui vengono assegnati 15 seggi, i socialisti puntano a difendere i propri 4 seggi conquistati di misura 4 anni fa. Oltre alla candidata per il governo Dorothee Jaun, capolista della SP, si presentano Crista D. Weisshaupt e Martin Bornhauser, candidati uscenti e per la prima volta Marlies Hürlimann e Peter Mathis quattro membri del partito socialista di Uster.

tradotto da Valerio Modolo



Già oggi, è molto importante per i nostri giovani avere alle spalle una buona preparazione scolastica che permetta loro un buon inserimento nel mondo del lavoro. Per aiutarli a ottenere dei risultati positivi, necessità che siano seguiti ogni giorno e che i genitori si tengano in stretto contatto con gli insegnanti. In questo modo, si può verificare periodicamente il grado di apprendimento e l'insorgere di qualche problema che, se non affrontato in tempo, potrebbe danneggiare i ragazzi.

Come si sa, la scuola svizzera pratica la selezione scolastica e chi rimane «indietro» avrà in seguito grosse difficoltà nel proseguimento degli studi o a trovare un posto di apprendistato. L'alternativa sarebbe la «spedizione» dei ragazzi in Italia o l'iscrizione a costose scuole private.

Per venire incontro alle famiglie e ai «bisogni scolastici» degli scolari, la Commissione Scuola del CCIU organizza dei corsi di doposcuola-aiuto compiti (non gratis ma nemmeno costosi) che si tengono normalmente il sabato mattina nei locali, messi gentilmente a disposizione dal Centro Italiano, situati alla Bankstrasse 42 in Uster.

Per ulteriori informazioni scrivere a:  
Commissione Scuola, Postfach 84, 8612 Uster 2

## Iscrizione al Doposcuola-aiuto compiti

La/lo scolaro/a

nata/o il

frequenta la classe

Materie interessate: tedesco  sì  no  
matematica  sì  no

I genitori

Indirizzo

Telefono

Spedire al più presto all'indirizzo Commissione Scuola

# FORUM

Periodico di  
politica, lavoro e cultura  
della Colonia Libera Italiana

WWW.

No. 198 Marzo 1999

## Eurofobia, Euromania oppure Eu(ro)foria?

L'Euro é sicuramente un argomento di grandissima attualità che non ci può lasciare indifferenti. Troppe sono ormai le conseguenze e troppo grande é l'impatto di questa nuova moneta sia sulla nostra vita quotidiana come anche sul nostro futuro.

Per tenervi aggiornati e per darvi un riassunto della situazione la Colonia Libera Italiana Uster e la Missione Cattolica Uster Vi offrono una serata informativa sull'argomento.

Vi saranno trattati fra l'altro i temi seguenti:

- Le conseguenze dell'Euro sulle Pensioni Italiane
- Modi alternativi d'investimento con l'Euro
- L'impatto dell'Euro sulla forza d'acquisto, sui tassi d'interesse e sui posti d'impiego
- L'importanza dell'Euro per l'economia Svizzera e Italiana

La serata informativa é gratuita per tutti i soci e amici ed avrà luogo il **9 Aprile 1999 ore 20.00** nella sala sotto la chiesa cattolica di Uster e sarà gestita dal consulente finanziario **Sig. Franco Iaderosa**, diplomato in Economia e Commercio presso l'Università di Berna. Vi sarà dato ovviamente anche ampio spazio per porre le Vostre domande che più Vi assillano la mente.

Contiamo sulla Vostra presenza numerosa.

P.P. Uster